

Fröhlich in den Stimmungstest

In Kiel bemüht sich die SPD-Fraktionsspitze um gute Laune – die einzige Wahl des Jahres in Schleswig-Holstein soll ein Erfolg werden

Von Susanne Höll

Kiel – Den politischen Jahresauftakt begehen die Sozialdemokraten in Kiel. Dort traf sich der Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion aus einem einzigen Grund. In Schleswig-Holstein findet – zumindest nach aktuellem Stand – die einzige Landtagswahl dieses Jahres statt, die der Bundes-SPD zeigen wird, wie es um ihr Ansehen auf dem Weg zur Bundestagswahl bestellt ist. Das war 2011 anders. Damals konnten die Sozialdemokraten ihr Glück in mehreren Wahlen versuchen. Die Abstimmung am 6. Mai in Schleswig-Holstein ist einer der ganz wenigen kalkulierbaren politischen Termine dieses Jahres, das sich für die Sozialdemokraten insgesamt als schwierig erweisen könnte. Jedenfalls dann, wenn sich die Turbulenzen der ersten Januartage fortsetzen. Umso wichtiger ist für die SPD ein Sieg am 6. Mai bei der Landtagswahl. Und deshalb schwärmte die Spitze der Bundestagsfraktion am Mittwochabend im Norden zur Stimmenwerbung aus.

Die Umfragewerte werden nicht besser und liegen weiterhin unter der 30-Prozent-Marke.

„Munter und fröhlich“ seien die Sozialdemokraten, stellten der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende Ralf Stegner und SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier beim Jahresempfang der Nord-SPD fest. Tatsächlich machten die Nord-Genossen bei dem Abend im überfüllten Raum eines Kieler Kulturzentrums einen ziemlich einträglichen Eindruck. Gut möglich, dass es dort im Frühsommer eine rot-grüne Landesregierung gibt. Gewiss ist es aber nicht.

Anderswo kann von munterer Eindrach freilich nicht die Rede sein. Der Vorsitzende Sigmar Gabriel und Generalsekretärin Andrea Nahles lieferten sich vergangene Woche zum Entsetzen ihrer Kollegen ein öffentliches Scharmützel. Vielleicht-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück provozierte innerparteiliche Gegner mit neuer Kritik an der Abkehr der SPD von der Rente mit 67. In der saarländischen SPD dürfte die Frage, ob man gleich in eine große Koalition geht oder sich erst einer Neuwahl mit unsicherem Ausgang stellt, lebhaft Debatten auslösen. Der Untersuchungsausschuss des Bundestages, der alsbald die Pannen der Sicherheitsbehörden bei der Fahndung nach den Neonazi-Mördern aufklären



Keine Risse in der Kanzlerkandidaten-Troika: Sigmar Gabriel, Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier (von links) wollen erst in einem Jahr bekanntgeben, wer von ihnen den Bundestagswahlkampf anführen wird. Foto: Marco Urban

soll, wird den Sozialdemokraten allerlei Unbill eintragen, weil sie, wie auch die Union, in den vergangenen zwölf Jahren Innenminister sowie Polizei- und Verfassungsschutzchefs stellte. Die Umfragewerte für die Bundes-SPD wollen sich trotz aller Diskussionen um Bundespräsident Christian Wulff und die marode FDP nicht bessern und liegen weiterhin unter der für eine Volkspartei bedeutsamen 30-Prozent-Marke. Und dass die Troika der Kanzlerkandidaten-Bewerber Gabriel, Steinbrück und Steinmeier die nächsten Monate, geschweige denn das ganze Jahr einigermassen harmonisch übersteht, können die Beteiligten mitsamt ihrer Partei nur hoffen, aber nicht garantieren. Der Anspruch der SPD, bei der Bundestagswahl 2013 stärkste Partei zu werden, klingt in diesen Tagen höll.

Übrigens auch in den Ohren namhafter SPD-Politiker, die den Konflikt zwi-

schen Gabriel und Nahles fassungslos verfolgten. Zur Erinnerung: Nahles hatte am Wochenende eine Neuwahl für den Fall ins Gespräch gebracht, dass Wulff doch zurücktreten sollte. Das hatte Gabriel erbst, schließlich wollte er zuletzt dem Eindruck entgegenzutreten, die SPD wolle parteipolitisches Kapital aus der Bundespräsidenten-Diskussion ziehen. Zweimal fuhr er Nahles über den Mund, zuletzt im Fernsehen. Das hätten er und Nahles eleganter lösen können, klagen zahlreiche Sozialdemokraten. Und verlangten: „Das darf sich nicht wiederholen.“

Nun ist es eine lang bekannte Tatsache, dass Gabriel und Nahles ein, vorsichtig gesagt, schwieriges Verhältnis haben. Zwei Jahre lang schafften sie es allerdings, die Differenzen nicht allzu publik werden zu lassen. Der Bundesparteitag im Dezember, den beide maßgeblich zu verantworten hatten, war allerdings aus

Sicht aller Beteiligten ein Erfolg. Ob ihre Arbeitsbeziehung noch zu kitten ist, ist ungeklärt. Klar ist aber, dass ein Bundestagswahlkampf mit einer verfeindeten Spitze nicht erfolgreich geführt werden kann, ganz egal, wer schlussendlich Kanzlerkandidat wird.

Auch wecken solche Auseinandersetzungen Erinnerungen an die letzten Regierungsjahre der SPD in der großen Koalition. Parteikollegen gingen miteinander um wie Feinde, nach dem katastrophalen Ergebnis der Bundestagswahl 2009 gelobten alle Besserung, zwischenzeitlich war tatsächlich das Gefühl neuer Harmonie spürbar. „Rückfälle wie dieser zerstören das ganze neu erworbene Vertrauen“, beschrieb ein SPD-Strategie die Lage nach dem jüngsten Führungsstreit.

In der Kanzlerkandidaten-Troika sind bislang keine Risse spürbar, alle drei sind, jedenfalls im Moment, ziemlich entschlossen, den Bewerber erst nach der

Landtagswahl in Niedersachsen im Januar 2013 zu nominieren. Doch möglicherweise werde man so lange nicht durchhalten, weil das Kandidaten-Spiel nicht noch ein ganzes Jahr funktioniere und langweilig werde, sagen namhafte Sozialdemokraten. Die vermeinen zudem, wachsende Lust Gabriels auf das Herausfordereramt festzustellen. Wenn Steinbrück es tatsächlich ernst meine mit seinen Plänen, müsse er sich für dieses Jahr eine Strategie zurechtlegen, heißt es aus diesem Kreis weiter.

Eine Kür schon im Herbst dieses Jahres birgt aber für den Kandidaten und mithin die gesamte SPD ein großes Risiko. Ein ganzes Jahr lang muss er dann gegen Kanzlerin Angela Merkel bestehen. Deren Ansehen an der Spitze einer keineswegs starken Bundesregierung nimmt kaum Schaden. „An Merkel bleibt einfach nichts kleben“, seufzte ein Sozialdemokrat in Kiel.

„An der Seite des Mörders Assad“

Kritik an Aufruf von Linken, Syrien-Sanktionen zu beenden

Berlin – Der Menschenrechtsbeauftragte des Auswärtigen Amtes, Markus Löning (FDP), hat der Linkspartei Sympathien für den syrischen Diktator Baschar al-Assad vorgeworfen. „Mitglieder der Linksfraktion haben sich an die Seite des Mörders Assad gestellt. Letztlich sagen sie: Es ist richtig, dass Assad seine Menschen umbringt“, sagte Löning am Mittwoch. Die Kritik Lönings zielt auf einen Online-Aufruf, der die Aufhebung aller Sanktionen gegen Syrien und Iran fordert. Unterzeichnet wurde dieser auch von sechs Abgeordneten der Linken im Bundestag. Der Aufruf sei „hochgradig abstrus“, sagte Löning. Die Vorsitzenden der Linken, Gesine Lötzsch und Klaus Ernst, müssten sich klar von dem Text distanzieren. Die Unterzeichner, unter ihnen die Sprecherin für internationale Beziehungen, Sevim Dagdelen, müssten ihre Unterschriften zurückziehen.

In dem Aufruf wird den USA und der Nato unterstellt, einen Krieg gegen Syrien und Iran vorzubereiten. Das sei auch das Ziel der durch die USA und die EU verhängten Sanktionen. „Die inneren sozialen Konflikte sollen ethnisiert und zugespitzt, ein Bürgerkrieg entfacht werden, um einen Vorwand für die längst geplante militärische Intervention zu schaffen“, heißt es. Maßgeblich beteiligt sei die Bundesregierung. „Es macht die Lügen von Syriens Präsident Baschar al-Assad nicht wahrer, wenn sie ins Deutsche übersetzt werden“, sagte Elias Perabo von der Organisation „Adopt a Revolution“, die in Deutschland um Unterstützung für die syrische Opposition wirbt.

Auch innerhalb der Linkspartei wuchs die Kritik. „Ich hätte das niemals unterschrieben. Unsere Solidarität gehört den Verfolgten in Syrien und anderswo“, sagte der linke Bundestagsabgeordnete Jan Korte. „Die Regime in Syrien und im Iran stehen für all das, wogegen Linke seit Jahrhunderten kämpfen.“ Parteisprecher Alexander Fischer distanzierte sich indirekt von den Unterstützern des Aufrufs. „Das Streben der Völker des Nahen Ostens – einschließlich Syriens und Irans – nach Frieden, Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung wird von der Linken uneingeschränkt unterstützt. Wir verurteilen die Unterdrückung und Ermordung von politisch Andersdenkenden scharf und werden sie niemals hinnehmen“, erklärte er.

Zu den Unterzeichnern gehören auch die Abgeordneten Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Ulla Jelpke und Eva Bulling-Schröter. *Daniel Brössler*

Richter mit Doppelleben

Kurioser Personalstreit am BGH: ein Jurist als Vorsitzender zweier Senate

Von Wolfgang Janisch

Karlsruhe – Andreas Ernemann, so viel steht fest, wird in die Rechtsgeschichte eingehen. Zum Jahresanfang begann seine Karriere als doppelter Senatsvorsitzender beim Bundesgerichtshof (BGH); man hatte ihm neben dem 4. auch den 2. Strafsenat zugeteilt. Und seit diesem Mittwoch ist diese Karriere zumindest so halb schon wieder zu Ende: In der ersten Verhandlung des Jahres entschied einbezüglicher 2. Strafsenat, Ernemann dürfe gar nicht Vorsitzender sein – weil „es abstrakt nicht möglich ist, zwei Senate durch eine Person zu leiten“, lautete der von ihm selbst verlesene Beschluss. Der Prozess, es ging um sexuelle Nötigung, musste ausgesetzt werden.

Die Justizposse ist der vorläufige Höhepunkt eines seit Februar 2011 schwelenden Besetzungstreits am BGH. Als der Vorsitz des 2. Senats vakant wurde, hatte sich der bisherige Stellvertreter Thomas Fischer für den Job beworben, ein brillanter Strafrechtler und Autor eines Kom-

mentars, der auf nahezu allen Richtertischen Deutschlands steht. Doch weil der eigenwillige und bisweilen scharfzüngige Fischer dem BGH-Präsidenten Klaus Tolkdorf als potentieller Konfliktherd erschien, stuft er den stets mit Bestnoten bedachten Fischer in der für die Stellenbesetzung maßgeblichen Bewertung eine Stufe herunter, wegen Zweifeln an dessen „persönlicher Eignung“. Zwar hatte Fischer mit einer Klage gegen das Zeugnis vor dem Verwaltungsgericht Karlsruhe Erfolg – doch ein Vorsitzender ist noch immer nicht ernannt.

Weil die Stelle bereits fast ein Jahr nicht ordnungsgemäß besetzt ist – Fischer leitete den Senat kommissarisch –, stellte sich mit wachsender Schärfe die Frage nach dem „gesetzlichen Richter“. Mit diesem Begriff umschreiben Juristen den Grundpfeiler einer willkürfreien Justiz: Wer für welchen Fall zuständig ist, muss penibel nach den Regeln von Gesetz und Geschäftsverteilung festgelegt sein – weshalb bereits eine verzögerte Stellenbesetzung ein Problem ist. Ein hal-

bes Jahr, so hat das Bundessozialgericht entschieden, darf der Senat mit dem Stellvertreter weiterarbeiten, danach muss ein „echter“ Vorsitzender her.

Deshalb hat das BGH-Präsidium also Ernemann, der Ende Mai pensioniert wird, zum doppelten Vorsitzenden gemacht. Der verzweifelte Schritt stürzt den BGH freilich in ein weiteres rechtsstaatliches Dilemma: Ein Vorsitzender muss seinen Senat auch faktisch leiten – was bei der Verdoppelung der mit jährlich 650 Fällen pro Senat ohnehin hohen Arbeitslast nahezu unmöglich scheint.

Ein halber Vorsitzender ohne Ernennungsurkunde oder ein doppelter ohne ausreichende Aktenkenntnis: Was nun rechtens ist, weiß selbst der 2. Strafsenat nicht. Am Mittwoch hatte das fünfköpfige Senat – in einer um zwei Richter veränderter Besetzung – nämlich noch einen zweiten Fall zu entscheiden. Das Ergebnis ließ sämtliche Juristen im Saal ratlos zurück. „In willkürfreier Auslegung“ sei man zur Auffassung gelangt, der Senat sei doch ordnungsgemäß besetzt.

Klagen im Zwölf-Minuten-Takt

Deutschlands größtes Sozialgericht will bei Hartz IV nicht zum Mahnbüro werden

Von Thomas Öchsner

Berlin – Die Präsidentin des Berliner Sozialgerichts, Sabine Schudoma, ist eine Liebhaberin blumiger Vergleiche. Die Aktenberge am größten deutschen Sozialgericht, das 2011 mit 40 000 offenen Verfahren so viele wie noch nie zählte, vergleicht sie mit einem „gewaltigen Felsmassiv“ wie dem Harzer Brocken. Und wenn die Juristin über die ungebremste Welle der Hartz-IV-Klagen spricht, sagt sie mit einem Seitenhieb auf den öffentlichen Nahverkehr in der Hauptstadt: „Niemand kann mehr mit Sicherheit sagen, wann am Berliner Hauptbahnhof die nächste S-Bahn einfährt. Wann am Berliner Sozialgericht die nächste Klage einght, ist hingegen vorhersehbar. Auch 2011 erreichten die Klagen das Sozialgericht im Zwölf-Minuten-Takt.“ Bei 70 Prozent der Klagen geht es nach wie vor um Hartz IV. Entgegen der Voraussagen vieler Experten gibt es in Berlin bislang aber nur wenig Klagen gegen das neue Bildungspaket und die Neuberechnung der Hartz-IV-Regelsätze, die die Sozialverbände für verfassungswidrig halten.

Noch in diesem Monat wird in dem Sozialgericht die 150 000. Hartz-IV-Klage seit sieben Jahren eingehen. Trotz der leicht rückläufigen Zahl der Neuklagen im vergangenen Jahr auf knapp 31 000 sieht die Gerichtspräsidentin hier keine Trendwende: „Die Hartz-IV-Klageflut trifft uns weiter mit voller Wucht.“ Meist geht es dabei um die Berechnung von Unterkunftskosten, um Leistungskürzungen wegen Sanktionen oder um die Frage, wie ein Einkommen auf die Hartz-IV-Leistungen anzurechnen ist.



40 000 offene Verfahren belasten das Berliner Sozialgericht. Foto: dapd

Wie schon in den Vorjahren bekommen viele Kläger vor Gericht Recht. Bei mehr als jedem zweiten Fall (54 Prozent) sind die Anliegen derjenigen, die auf die staatliche Grundsicherung angewiesen sind, ganz oder teilweise berechtigt. In anderen Rechtsgebieten beträgt die Erfolgsquote nur ein Drittel. Es seien, sagt Schudoma, seit Jahren dieselben Probleme. Doch nichts ändere sich. „Verbesserungsvorschläge aus der Praxis versenden in der Politik“, kritisiert die Gerichtspräsidentin.

Eine Schlüsselrolle sieht sie auch bei den Jobcentern, die sich um die Hartz-IV-

Empfänger kümmern. Falsche Hartz-IV-Bescheide ließen sich bereits vor dem Einschalten eines Sozialgerichts korrigieren, durch ein Widerspruchsverfahren. Ein klärendes Gespräch zwischen den Hilfebedürftigen und den Mitarbeitern in den Behörden der Bundesagentur für Arbeit (BA) und der Kommunen bleibe jedoch häufig aus. „Zu oft setzt man sich erst im Gerichtssaal an einen Tisch“, kritisiert Schudoma. Sie spricht sich deshalb dafür aus, noch mehr „zu schlichten statt zu richten“. Das funktioniert schon jetzt häufig gut: Vier von fünf Fällen werden in Berlin ohne Spruch eines Sozialrichters erledigt, weil die Beteiligten an dem Verfahren vorher einen Kompromiss finden.

Bei den Jobcentern sieht die Frau an der Spitze des größten deutschen Sozialgerichts „keine Schlamperei“. Sie weist aber darauf hin, dass die Angestellten in den Ämtern mit ihrer Arbeit häufig nicht hinterherkämen. Für schnellere Gerichtsverfahren fehlten dann deren Stellungnahmen. „Allzu oft bekomme ich von Jobcentern die Antwort: „Aufgrund von Personalmangel kommt es derzeit zu Verzögerungen“, sagt Schudoma. Monat für Monat erreichten das Gericht deshalb Dutzende Untätigkeitsklagen. „Statt Rechtsfragen zu lösen, wird das Gericht zum Mahnbüro.“ Die Gerichte seien überlastet, weil die Jobcenter überfordert seien. „Die Zeche zahlt der Steuerbürger. Das ärgert mich“, schimpft die Juristin.

Und was passiert mit dem Aktenberg der 40 000 unerledigten Verfahren? Die Gerichtspräsidentin gibt auf diese Frage eine lapidare Antwort: „Wir arbeiten weiter. Mehr kann ich nicht sagen.“

Bangkok schon ab 599 Euro.

Entdecken Sie den Zauber des Fernen Ostens.

Buchen Sie jetzt bis zum 15. Februar und genießen Sie unseren hervorragenden Service auf dem Weg nach Asien. Bis zu 1.200 Unterhaltungskanäle und exquisite Gourmet-Menüs machen Ihren Flug zum Erlebnis.

Weitere günstige Ziele in Asien:

Shanghai	ab 499 €
Hongkong	ab 594 €
Kuala Lumpur	ab 598 €

Fly Emirates. Keep discovering.

emirates.de

63 Mal wöchentlich von Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg und München in die ganze Welt.

Mehr als 500 internationale Auszeichnungen und über 110 Destinationen weltweit. Weitere Informationen und Buchungen auf emirates.de, telefonisch unter 069 945192000 oder in Ihrem Reisebüro. Buchungszeitraum ab sofort bis 15.02.2012. Reisezeitraum ab sofort bis 28.03.2012 und 08.04. bis 21.06.2012 (jeweils letzter Abflug). Ab sofort können Sie auch von München mit der Emirates A380 nach Asien fliegen. Um einen Zwischenstopp in Dubai zu buchen, kontaktieren Sie bitte Ihr Reisebüro oder Ihre Emirates-Geschäftsstelle. Es gelten unsere AGB. Entdecken Sie auch unser Vielfliegerprogramm auf skywards.com und profitieren Sie von attraktiven Prämien und Vorteilen. * Reisebüros können unterschiedliche Servicegebühren erheben.